



LEISTUNG MUSS SICH WIEDER LOHNEN

Titel LEISTUNG VS. LOHN 03

Titel HARTZ IV 04

Bildung SCHWEDISCHE SCHULE 07

Überwachung ECHTE FREIHEIT 08

Kima ENERGIEKÄMPFE 11

INTRO

Liebe_r Leser_in,

Du hältst die neueste Ausgabe der Zora, Zeitung der linksjugend [solid], in der Hand. Das Hauptthema ist diesmal „Leistung muss sich wieder lohnen“. Der Begriff der Leistung wird sehr häufig verwendet, gerade in Bezug auf Hartz 4 oder auch beim Wahlkampf.

Doch was wird da eigentlich gemeint, wenn es um „die Leistung“ geht? Mit dieser Frage beschäftigt sich diesmal der Hauptartikel den ihr auf Seite 3 und 4 findet.

Mit dem Begriff Leistung im Bezug auf Hartz 4 und Bildung wird sich dann auf den Seiten 4 bis 7 beschäftigt. Auf Seite 7 könnt ihr auch einen kleinen Einblick in das schwedische Schulsystem erhalten.

Ansonsten gibt es in dieser Ausgabe noch ein Interview mit Korshed Alam, ein Menschenrechtsaktivist, der den Konzern KIK verklagt hat mit passendem Hintergrund Artikel dazu und von der linksjugend [solid] Rheinlandpfalz einen Artikel zu Überwachung. Am Ende gibt es dann wie immer einen Kulturteil, der diesmal von Zombiefilmen und warum es durchaus Sinn macht sie auch mal mit Hintergedanken zu schauen, handelt.

Wir wünschen euch viel Spaß beim lesen

Eure Zora-Redaktion

linksjugend
['solid] 

WER WIR SIND: Die Linksjugend [solid] ist ein sozialistischer, antifaschistischer, basisdemokratischer und feministischer Jugendverband. Wir stehen der Partei Die LINKE nahe und sind ihre anerkannte Jugendorganisation. Seit 1999 bestehen wir als Verband unter dem Namen [solid]. Inzwischen haben wir bundesweit circa 5.000 aktive Mitglieder und beschäftigen uns mit einem breiten Themenspektrum, das von Ökologie und Klimaschutz über Antifaschismus bis hin zu parlamentarischer Betätigung reicht. Wir verstehen uns einerseits als einen Teil sozialer Bewegungen wie z.B. der Antiatombewegung, der Bildungsstreiks oder der Krisenproteste, andererseits sind wir natürlich auch in der parteilich organisierten, parlamentarischen Linken verankert. Für uns ist das keineswegs ein Widerspruch: Wir halten beides für wichtig, um tatsächliche Veränderungen bewirken zu können.

INHALT

Titel Leistung vs. Lohn **03**

Titel Hartz IV **04**

Bildung als Menschenrecht **05**

Bildung Schwedische Schule **07**

Überwachung Echte Freiheit **08**

Überwachung Web2.0 **10**

Klima Energiekämpfe **11**

Reportage Kik&Co **13**

Reportage Interview **14**

Kultur Zombietown **15**

IMPRESSUM zora - Zeitung der Linksjugend [solid]

Ausgabe: 1/11 // **Auflage:** 25.000 // **Anschrift:** zora c/o Linksjugend [solid], Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin // **Redaktion:** Hannah Heyenn (V.i.S.d.P.)
Layout und Satz: Lars Peters // **Bestellung und Kontakt:** zora@linksjugend-solid.de und www.linksjugend-solid.de

LEISTUNG MUSS SICH WIEDER LOHNEN? MUSS SICH LEISTUNG LOHNEN? WHAT THE FUCK IS ÜBERHAUPT LEISTUNG?

Angefacht von einer Aussage des jetzigen Außenministers Guido Westerwelle wird seit letztem Sommer wieder einmal die ein oder andere Debatte um „Leistung“ geführt. Leistungsfeindlichkeit wird da den Linken und den Gewerkschaften vorgeworfen. Es wird darüber diskutiert, wer die „Leistungsträger“ in dieser Gesellschaft sind. Und es wird genau darauf geschaut, wer bereit ist Leistung zu bringen und wer nicht.

Grund genug sich hier einmal damit auseinander zu setzen, was mit dieser **Leistung** eigentlich gemeint ist! Und damit wie, bzw. ob sich diese Leistung lohnt.

Physikalisch betrachtet ist Leistung die verrichtete Arbeit pro Zeit.

Wenn sich Leistung lohnen muss, dann müsste also eine größere Leistung, zu mehr Einkommen führen. Sprich, wenn mehr Arbeitsleistung pro Zeiteinheit erbracht wird, müsste auch das Einkommen steigen. Wie verhält sich der Zusammenhang von Leistung und Einkommen real in unserem Wirtschaftssystem? Um dies heraus zu finden, nun der Blick auf die Wirtschaftswissenschaftliche Betrachtung von Leistung.

Bei einer Betrachtung der Wirtschaftswissenschaft fällt auf, dass auf dem Arbeitsmarkt auf eine Bezahlung nach Leistung verzichtet wird. Im Modell der „Marktwirtschaft“ bestimmen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt den Lohn – nicht die Leistung.

In der Realität lässt sich diese Theorie sogar manchmal konkret beobachten. Zum Beispiel wenn es in „strukturschwachen“ Regionen schon mal zu Stundenlöhnen um 3 € kommen kann. In anderen Regionen

erhält die gleiche Berufsgruppe das Doppelte an Entgelt. Die Bezahlung hängt also nicht von der erbrachten Leistung ab, sondern davon, wie viele Menschen ihre Arbeitskraft anbieten. Rein marktwirtschaftlich betrachtet, muss sich Leistung also gar nicht lohnen.

Wenn es in der Leistungsdebatte nicht um ökonomische Zusammenhänge geht, dann vielleicht um eine bestimmte Art von Leistung die sich lohnen muss.

Möglicherweise ist mit dem Ausdruck, körperliche Leistung gemeint. Dieser Gedanke ist jedoch schnell verworfen, wenn man einen kurzen Blick auf die Gehaltszettel wirft. Je anstrengender eine Tätigkeit ist, desto weniger wird tendenziell dafür bezahlt. Die Jobs, mit denen das „große Geld“ gemacht wird, befinden sich in Büros, nicht auf einer Baustelle, hinter einem Putzwagen oder an einem Fließband.

Aber vielleicht soll sich die emotionale Leistung wieder lohnen.

Also, was emotional anstrengend ist, ist eine hohe Leistung – was uns locker flockig von der Hand geht, keine besondere Leistung – selbst wenn wir körperlich ins Schwitzen kommen.

Aus diesem Grund betrachten wir

nun einmal eine Tätigkeit, welche eine große emotionale Leistung erfordert.

Spontan fällt da die Pflege ein. Das Arbeiten mit pflegebedürftigen Menschen, der Umgang mit Krankheit und Sterben, sowie tragischen Einzelschicksalen ergibt ein Höchstmaß an emotionaler und psychischer Anstrengung. Gleichzeitig ist dies auch einer der körperlich anstrengendsten Jobs. Und lohnt sich diese Leistung?: Durchschnittlicher Stundenlohn einer ausgebildeten Pflegekraft: 11,50 € / 15,11€. Und dieser Lohn war auch nie höher. Davon, dass sich Leistung wieder lohnen soll, kann hier also nicht die Rede sein.

Kommen wir zur geistigen Leistung. Längst wird die meiste Arbeit in unseren Köpfen vollbracht. Oft heißt gute wissenschaftliche Vorarbeit, deutliche Erleichterung der physischen Arbeit.

Doch wie wird diese Leistung entlohnt? Studierende sind vielerorts durch Studiengebühren zur Erwerbsarbeit gezwungen. Wissenschaftliche Mitarbeit bei Forscher_innen bietet sich da an. 8€/h (Uni Hamburg) wird der Tätigkeit jedoch kaum gerecht. Lediglich in Berlin gibt es an der Uni überhaupt einen Tarifvertrag

für studentische Beschäftigte.

Offensichtlich ist es nicht so einfach, zu klären welche „Leistung“ sich „wieder“ lohnen soll. Werfen wir einen Blick auf die Gesellschaft, in welcher die Leistungsdebatte so emotional geführt wird. Immerhin versteht sich die Gesellschaft ja auch als „Leistungsgesellschaft“. Was wird hier unter „Leistung“ verstanden?

In einem gesellschaftlichen Kontext müssen auch „Leistungen“ erbracht werden. Gemeint sind die Handlungen eines Individuums, durch die Aufgaben oder Tätigkeiten in einem für die Gesellschaft befriedigenden Maß erfüllt werden. Sprich die Menschen innerhalb einer Gesellschaft müssen Straßen und Häuser bauen, Nahrungsmittel herstellen, in Krankenhäusern arbeiten, den Müll entsorgen, Kindergärten unterhalten, Kinos und Restaurants betreiben usw. damit hierdurch die Bedürfnisse der Individuen befriedigt werden, welche die Gesellschaft letztlich bilden.

Ganz im Gegensatz zur gesellschaftlichen Bedeutung von Leistung, steht allerdings die Bezeichnung „Leistungsgesellschaft“. Hierbei wird versucht die vielen unterschiedlichen Tätigkeiten, welche in einer Gesell-

schaft verrichtet werden, in ihrer Bedeutung zu werten. Maßstab für die Bewertung einer Leistung ist, welche Menge an Gütern für den Verdienst erworben werden können. Die „Leistungsträger“ sind als jene definiert, die über viele Güter verfügen, da unterstellt wird, diese seien Ausdruck ihrer Leistungsfähigkeit und damit auch ihrer Bedeutung für die Gesellschaft.

Dieses Konstrukt der „Leistungsgesellschaft“ und ihre willkürliche Bewertung von Tätigkeiten, zeigt sich in verschiedenen gesellschaftlichen Phänomenen. Je mehr ein Mensch an Einkommen vorweisen kann, umso größere Wichtigkeit wird der Person beigemessen. Das Ideal welches sich daraus ergibt, muss durchaus kritisch gesehen werden.

Großes Haus, großes Auto, je mehr und je größer, desto besser und dafür muss geleistet werden. Leistungsfähigkeit ist folglich am Besitz erkennbar. Leistungsträger_innen sind eben jene die viel besitzen. Im Umkehrschluss wird davon ausgegangen,

dass die anderen, welche nicht so viel besitzen, dann wohl auch nicht leistungsfähig genug sind.

Am wenigsten angesehen sind jene, welche gar nicht leisten. Also die Arbeitslosen. Diese werden als nicht leistungsbereit eingestuft. Da Leistung zu Besitz führt, muss Nichtleistung folglich zu keinem bzw. wenig Besitz führen. Hartz IV wurde unter anderem mit der Begründung eingeführt die Leistungsbereitschaft der Arbeitslosen steigern zu wollen (siehe folgender Beitrag zu Hartz IV - Leistungen).

In der Diskussion versucht jede_r für sich zu beanspruchen, dass sie_er an sich leistungsbereit ist. Die klassischen Argumente sind „die wollen doch gar nicht arbeiten“, „wer Arbeit sucht, der findet auch welche“. Weiter geht es dann mit der Feststellung, dass „die“ ja nur von „unseren“ Steuergeldern, also von denen der „Leistungsträgern“ leben. Nach dieser Logik ist es dann auch ungerecht, wenn jene, die Leistung erbringen, „zu viel“ an die abtreten müssen, die

nicht bereit sind zu leisten.

Die Gegenargumentation stellt diese Logik zumeist nicht in Frage. Es wird dagegeengehalten, die Erwerbslosen seien natürlich nicht faul und durchaus leistungsbereit. „Die meisten Arbeitslosen wollen ja arbeiten, sie finden nur keinen Job“.

Die ganze Absurdität der „Leistungsgesellschaft“ wird noch deutlicher, wenn mensch betrachtet, welche Tätigkeiten innerhalb der Gesellschaft überhaupt als Leistungen eingestuft werden. Nur wenn eine Bezahlung erfolgt, darf hiervon gesprochen werden. Der Großteil der Aufgaben und Tätigkeiten, welche in der Gesellschaft notwendig sind, um die Bedürfnisse der einzelnen Individuen zu befriedigen, zählen gar nichts. Alle Tätigkeiten, welche zum Erhalt der Arbeitskraft dienen, also die „Reproduktionsarbeit“, hat in der Wertvorstellung der Gesellschaft eine deutlich geringere Bedeutung als Lohnabhängige Arbeit. Interessanterweise sind Reproduktionsarbeiten zumeist die, die als klassischen

„Frauentätigkeiten“ wahrgenommen werden: Kinder großziehen, Essen kochen, Reinigung, Waschen.

Wenn von Leistung geredet wird und ob sie sich wieder lohnen muss, dann geht es nicht darum wie die Gesellschaft gerechter werden kann. Vielmehr ist der Gedanke Ausdruck einer tiefen Ungerechtigkeit. Der „Leistungsgesellschaft“ liegt ein inhumaner Gedanke zu Grunde. Es wird unterschieden wer als „Leistungsträger“ für die Gesellschaft von „Wert“ ist und wer nicht. Das Leistungsdenken diskriminiert alle Menschen, die nach dieser Logik nicht leisten können oder wollen und spricht ihnen letztendlich die Existenzberechtigung ab.

Die Frage darf nicht lauten ob sich Leistung wieder lohnen soll oder nicht. Es gilt vielmehr zu hinterfragen: Wollen wir überhaupt in einer „Leistungsgesellschaft“ leben?

**HANNAH HEYENN &
THOMAS WEISZ, HAMBURG**

HARTZ IV – WARUM ES MEHR ALS NUR EIN GESETZ IST

Im Februar 2011 haben sich CDU/CSU, SPD und FDP auf eine weitere Reform des Hartz IV-Gesetzes verständigt.



Heraus kam eine finanzielle Verschlechterung für alle Hartz IV-Beziehenden. Der Regelsatz wird nicht, wie vom Bundesverfassungsgericht verlangt, an einen realen Bedarf für ein Leben in Würde angepasst, sondern faktisch gekürzt. 5 € sollen es rückwirkend zum 01. Januar 2011 sein, noch mal 3 € zum 01. Januar 2012. Die sonst übliche Erhöhung zum 01. Juni, die an die Rentenentwicklung angepasst war, wird dabei allerdings wegfallen.

Gleichzeitig wurde ein „Bildungs- und Teilhabepaket“ für Kinder in Hartz IV beziehenden Familien beschlossen. 400 Millionen Euro sollen dafür jährlich zur Verfügung stehen. Abzüglich des Verwaltungsaufwandes bleiben rund 250 € für jedes Kind pro Jahr übrig. Zieht man die bisher schon bestehenden 100 € für das Schulbedarfspaket und 30 € für eintägige Klassenfahrten ab, bleiben grade noch 120 € für das ganze Jahr. Davon kann man kaum Mitglied in einem Sportverein werden, geschweige denn ein Musikinstrument (das auch nicht bezahlt wird) erlernen oder Nachhilfestunden nehmen.

Das Problem an diesen 120€ ist aber vor allem die Position, in die sie die Bezieh_innen von Hartz IV bringt. Sie bekommen das Geld nicht ausgezahlt, sondern bekommen es in Gutscheinform.

Sie könnten es ansonsten ja für Alkohol oder Zigaretten ausgeben.

Ein wenig erinnert diese Situation an El-

tern, die ihren Kindern kein Geld geben wollen, weil sie nicht kontrollieren können, wofür es ausgegeben wird.

Jetzt fragt sich allerdings, ob dieses Verhältnis ein angebrachtes bei Bewohner_innen eines Landes und dessen Regierung ist, da es jedem Anspruch an ein auch nur Ansatzweise freies Leben entbehrt.

Das heißt man hat als Hartz IV Bezieh_in die Wahl: entweder ich nehme den

Gutschein nicht, kann dann meinem Kind aber noch weniger als normal bieten oder ich lasse mich demütigen und habe trotzdem nicht viel mehr.

Doch damit noch lange nicht genug: Das Verfassungsgericht hatte explizit ange-mahnt, dass Kinder nicht wie „halbe Erwachsene“ zu behandeln sind, und die bisherige Praxis verboten, Kindern nur

altersabhängig gesenkte Hartz IV-Sätze auszuzahlen. Stattdessen sollte auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen durch extra berechnete Regelsätze eingegangen werden. Auch das wurde bei den neuen Regelungen umgangen. Die Kinderregelsätze werden einfach in der alten Höhe belassen.

All diese Entwicklungen haben System. Hartz IV ist eben nicht einfach nur ein Gesetz zur Regelung der Sozialleistungen. Systematisch wird hier ein Menschenbild und Denkmuster aufgebaut, was Menschen nicht nur demütigt, sondern auch den Konkurrenzdruck auf die Arbeitnehmer_innen erhöht.

Wer will schon als faul und Almosebezieher_in gelten?

So lässt sich zusätzlicher Druck auf alle Arbeitnehmer_innen ausüben. Wenn du weißt, dass du jederzeit ersetzt werden könntest, nimmst du mehr hin und wehrst dich weniger.

Und als Erwerbslose_r nimmst du auch mehr in kauf um wieder eine Arbeit zu haben – da kommen dann die Ein-Euro-Jobs, Leih- und Zeitarbeitsfirmen ins Spiel.

Und so passt dann alles zusammen.....

Deswegen organisiert euch, gestaltet das Leben und die Politik um euch herum, wehrt euch gegen Leistungsprinzipien und setzt dieser systematischen Ausgrenzung von Menschen etwas entgegen.

DAS VORENTHALTENE MENSCHENRECHT

WIE DAS KAPITALISTISCHE BILDUNGSSYSTEM DIE GESELLSCHAFT BLOCKIERT



Bildung ist ein Menschenrecht. Doch gerade in einem der reichsten Bundesländer Deutschlands scheint besonders wenig Wert auf dieses Menschenrecht gelegt zu werden. Denn auf Selektion und Elitenförderung liegt der Fokus, anstatt eine gute Bildung für alle zum Ziel zu haben.

Darum demonstrierten am 29. Januar in Stuttgart rund 2000 Menschen gegen die verfehlte Bildungspolitik Baden-Württembergs. In elf Städten fanden zuvor verschiedene Aktionen und Proteste rund um das Thema Bildungspolitik statt. Die große Demonstration bildete den Höhepunkt der landesweiten Protestfeuer tour.

Im Zentrum des berechtigten Protests stand vor allem die Forderung nach längerem gemeinsamen - selbstbestimmtem Lernen! Doch ebenso ging es den Protestierenden um die Demokratisierung der Bildungseinrichtungen und um die Kritik der Verwertungslogik im Bildungsprozess selbst. Denn es geht darum zu lernen, neugierig zu sein und sein Wissen zu erweitern - und nicht dar-

um etwas beigebracht zu bekommen, um für jemand anderen nützlich zu sein - mit anderen Worten „verwertbar“.

Das aktuelle Bildungssystem Deutschlands ist in seiner derzeitigen Form weit davon entfernt den Lernenden auch wirklich gerechte Chancen zu bieten und eine freie Bildung für alle zu ermöglichen, vielmehr werden diesem immer neue Steine in den Weg gelegt.

Nicht nur in Baden-Württemberg, sondern in ganz Deutschland hängt der Erfolg der meisten Schüler_innen vom Hintergrund und den finanziellen Mitteln der Eltern ab; die Würfel unserer Perspektiven sind bereits mit unserer Geburt gefallen.

Besonders Kinder von Migrant_innen haben schon in der Grundschule mit massiven Problemen zu kämpfen, weil sie selbst oftmals die deutsche Sprache nicht komplett beherrschen und ihre Eltern ihnen auch nicht helfen können.

Doch obwohl sie nicht schlauer oder dümmer sind als ihre Mitschüler_innen schafft es das derzeitige Bildungssystem nicht ihnen zu helfen. Statt dessen schiebt es sie nach der vierten Klasse unbarmherzig auf die Hauptschule ab und verpasst ihnen den Stempel der Bildungsunwilligkeit.

Nicht zuletzt diese Demütigung und das baldige Erleben des sozialen Abstiegs sind verantwortlich für die hierzulande typische „Hauptschulmentalität“.

Sämtliche Motivation und der Glauben an sich selbst werden zunichte gemacht, zudem fehlen positive Vorbilder in Form von leistungsstarken Mitschüler_innen. Es kann also gesagt werden, dass unser Bildungssystem nicht in der Lage ist das Potenzial aller Schüler_innen zu entfalten.

Eigentlich muss nicht mehr erwähnt werden, dass Kinder, welche nicht aus einem Akademiker_innen oder gut verdienenden Haushalt kommen, das gleiche Schicksal erleiden.

Diese ungleiche Verteilung der Chancen ist ungerecht. Doch der Ungerechtigkeit, dass in der Regel die soziale Herkunft über den schulischen Erfolg bestimmt, wäre mit einer Gemeinschaftsschule bis zur 10. Klasse entgegengewirkt.

Eine genauere Erläuterung des Projekts „Gemeinschaftsschule“ mit all seinen Hintergründen und Vorteilen würde den Rahmen dieses Artikel leider sprengen.

Aber nicht nur die von vorneherein Benachteiligten müssen aktuell eine Bildungsmisere durchstehen, denn auch Gymnasiast_innen aller Bundesländer sind bereits oder werden noch vom 8-jährigen Gymnasium „G8“ betroffen. Dies bedeutet Leistungs- und Konkurrenzdruck, „Bulimie-Lernen“ - sinnbildlich möglichst viel Lernstoff in kürzester Zeit zu sich nehmen und für die Klausur zu „erbrechen“ -, akuter Freizeitmangel sowie durch Misserfolge verursachte Demotivation. Dies verhindert ein nachhaltiges Lernen in entspannter Atmosphäre und beschneidet die Kindheit und Jugend. Besonders fraglich am 8-jährigen Gymnasium ist die Tatsache, dass aufgrund der viel zu knapp bemessenen Zeit nicht - abiturrelevante, aber dennoch wichtige Themen vom Lehrplan gestrichen werden.

Selbst wer sich letztendlich im selektiven Bildungssystem hochzuarbeiten vermochte und sein Abitur erfolgreich abgeschlossen hat, wird es ohne finanziell starke Eltern aufgrund der in vielen Bundesländern noch immer nicht abgeschafften Studiengebühren schwer haben.

Auch hier sollte gelten: Bildung ist ein Menschenrecht und kein Rohstoff der verwertet werden soll. Bildung ist kein Ware und nur ein gebührenfreier Zugang zu den Hochschulen ist sozial gerecht.

Wegen all dieser Gründe ist mehr politische Partizipation vonseiten der Betroffenen mehr als erforderlich. Es ist wichtig, dass du Ideen entwickelst und dich in den Protest einbringst, es geht um deine Bildung, um dein Leben! Was bleibt dir anderes übrig, als diese Ungerechtigkeiten mit uns gemeinsam zu bekämpfen?

**ANNEMARIE FREINIK
(BADEN-WÜRTTEMBERG)**



DAS SCHWEDISCHE SCHULSYSTEM

EIN EGALITÄRES SCHULSYSTEM AUSSER RAND UND BAND

Das Schwedische Schulsystem wird in anderen Ländern häufig als ein progressives und modernes Modell dargestellt. Historisch gesehen wurde es entwickelt, um den Graben zwischen den Klassen zu überwinden. In letzter Zeit hat sich der schwedische Klassenraum jedoch in eins der markt- angepassten Systeme der Welt verwandelt.

Die auf Gleichheit beruhenden Wurzeln, die Schwedens Bildungssystem charakterisieren, gehen weit zurück ins 18. Jahrhundert. 'Die allmänna folkskolan', eine kostenlose 4-Jährige Schule, wurde schon im Jahre 1842 eingeführt. Anfang des 20. Jahrhunderts wirkten die dominierenden politischen Strömungen des Landes, besonders die starke Arbeiter_innenbewegung, auf die Zukunft des Bildungssystems ein. Andere Einflüsse kamen von der Feministin Ellen Key und der philosophischen Ausrichtung des Positivismus.

Heute, ca. 170 Jahre später, ist der Schulbesuch verpflichtend für alle Kinder zwischen ab 7 Jahren. Seit den 70er Jahren, haben Kinder schon ab dem ersten Lebensjahr die Möglichkeit Teil des Bildungssystems zu sein. Die Vorschule ist offen für alle Kinder die das erste Lebensjahr vollendet haben. Die ‚Grundskolan‘ eine 9-Jährige Schule deren Besuch verpflichtend ist, beginnt wenn das Kind 7 ist und endet im Alter von 16, danach folgt das ‚Gymnasiet‘ was in etwa der Deutschen Oberstufe entspricht.

Schwedens Bildungssystem macht gerade extreme Veränderungen durch.

Während der letzten 18 Jahre, hat sich der steuerfinanzierte Bildungssektor als lukratives Geschäft für multinationale Firmen herausgestellt. Der Wachstum der Privatschulen steht im direkten Zusammenhang mit einem einzigartigen System in dem die Gemeinden für alle Schüler_innen finanziell und rechtlich verantwortlich sind, gleichgültig ob sie öffentliche oder private Schulen besuchen. Billionen von Steuergeldern können so von kommerziellen Anbieter_innen in Profit für private Anleger_innen umgewandelt werden.

Die rechte Regierung, die für eine zweite Legislatur wiedergewählt wurde, demontiert das Bildungssystem, dass entworfen wurde um der breiten Mehrheit der Schüler_innen eine Grundbildung

zu vermitteln, zusätzlich. Die ursprüngliche Maßgabe mehr als 50 Prozent der Schüler_innen für die Hochschule zu qualifizieren, ist nun nicht mehr gültig. Im Gegenteil, die rechte Regierung hat sehr viel Anstrengung darauf verwendet den Eintritt in höhere Bildung für große Bevölkerungsgruppen zu verhindern. So sind große Anteile derjenigen, die eine praktische Ausbildung vollenden nicht mehr für Universität oder Hochschule qualifiziert, wie es früher der Fall war.

Gleichzeitig werden kleinere Hochschulen in der staatlichen Finanzierung stärker benachteiligt.

Zusammenfassend wird deutlich, dass sich die schwedischen Klassenräume zunehmend verändern . Neoliberale

Wirtschaftspolitik in Verbindung mit einer rechten Meinungsvorherrschaft über das Bildungssystem, verlangen neue Strategien der Linken.

Diese neuen Strategien sollten die Grundlage der Gleichheit wiederaufbauen und dabei die neuen sozialökonomischen Bedingungen berücksichtigen.

BUNDESARBEITSKREIS INTERNATIONALES

Der Bundesarbeitskreis Internationales ist eine Gruppe von Menschen , die sich in der internationalen Arbeit der linksjugend [solid] engagieren.

Internationale Arbeit kann von dem Kontakthalten zu Partnerverbänden in anderen (vor allem) europäischen Ländern bis hin zur inhaltlichen Arbeit zu verschiedenen internationalen Themen sein. Über den Kontakt zu unserer Schwedischen Partnerorganisation „ung vänster“ haben wir auch den Artikel über das schwedische Schulsystem bekommen. Wenn du mehr Informationen willst schau doch einfach mal bei <http://www.linksjugend-solid.de/themen/internationales/> oder meld dich bei international@linksjugend-solid.de

ENDYL

Das „European network of democratic young left“ ist das europäische Netzwerk in dem die linksjugend [solid] Mitglied ist.

Es ist ein Netzwerk von verschiedensten sozialistischen Jugendorganisationen aus ganz Europa von Portugal, Finnland und Italien bis hin zur Türkei.

Ziel dieses Netzwerkes ist es, linken Jugendorganisationen eine europäische Vernetzungs- und Handlungsplattform zu geben durch: Seminare, Konferenzen, Teilnahme an internationalen Jugendbegegnungen und Demonstrationen.



SELBSTBESTIMMUNG STATT ÜBERWACHUNGSSTAAT!

Ohne, dass wir es bewusst wahrnehmen, werden wir ständig erfasst und überwacht. Sowohl in der realen als auch in der virtuellen Welt hinterlassen wir Spuren, die uns leicht kontrollierbar machen. Durch die Medien suggeriert uns der Staat eine große „Bedrohungslage“ und rechtfertigt damit eine umfassende Überwachung. Dabei werden wir alle zu potentiellen TerroristInnen – da viele Maßnahmen auch ohne begründeten Verdacht stattfinden.

Der Staat misstraut uns. Kameraüberwachung an öffentlichen Plätzen verhindert keine Straftaten. Vielmehr gibt sie uns ein permanentes Gefühl des Überwachtseins und beschränkt uns somit in unserer Freiheit und Entfaltung. Auch durch verpflichtende Fingerabdrücke und biometrische Fotos in Ausweisdokumenten werden wir kriminalisiert – denn normalerweise werden solche Daten nur von Strafverdächtigen erhoben.

Die Wirtschaft überwacht uns. Durch Kundenkarten und Registrierung von Kaufverhalten erstellen und speichern Unternehmen Profile von uns und erhöhen somit ihre Profite. Oftmals wissen wir nichts davon und lassen uns von vermeintlich attraktiven Rabatten bzw. Prämien verführen. Ebenso sind Kamera- und Kommunikationsüberwachung am Arbeitsplatz gängige Praxis.

Unsere Freiheit und Selbstbestimmung wird tagtäglich ausgehebelt – wir haben keine Kontrolle und kein Wissen mehr über die über uns erhobenen Daten.

WHAT THE FUCK IS INFORMATIONELLE SELBSTBESTIMMUNG?

In den Achtzigern sollte eine Volkszählung stattfinden, die jedoch von zahlreichen Protesten und Boykotten begleitet wurde. Volkszählungen haben zum Ziel, möglichst genaue Statistiken für politische und Verwaltungsentscheidungen zu erlangen. Dafür müssen die Menschen eine Vielzahl persönlicher Daten preis geben. Damals kritisierten die Gegner_innen, dass die Fragebögen Rückschlüsse auf die Identität der Befragten zuließen, außerdem war eine Weitergabe der Daten an andere Behörden wie den Verfassungsschutz nicht auszuschließen. Deswegen kam es zu mehreren Klagen, die schließlich 1983 das Volkszählungsurteil bewirkten, welches das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung begründete: „Das Grundrecht gewährleistet insoweit die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen. [...] Freie Entfaltung der Persönlichkeit setzt unter den modernen Bedingungen der Datenverarbeitung den Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten voraus.“

Dieses Jahr soll es die nächste Volkszählung geben, und die Vorbereitungen laufen schon. Diesmal werden zunächst Daten von Meldeämtern und anderen Registern wie von der Bundesagentur für Arbeit gesammelt – was faktisch eine Zweckentfremdung bedeutet. Diese Daten werden mit solchen aus Wohnregister verknüpft und mit einer Ordnungs-





nummer versehen. Anschließend werden – in den nächsten Monaten – bis zu ein Drittel der Bevölkerung zusätzlich ausführlich befragt, und zwar weit über den von der EU geforderten Umfang hinaus: Sogar Angaben zu Religionsangehörigkeit und (freiwillig) der Weltanschauung sind vorgesehen. Wer die Aussage verweigert, der/dem blüht ein saftiges Bußgeld. Die Daten sind durch persönliche Kennziffern auf die Identität des/r Befragten zurückführbar und werden bis zu sechs Jahre lang gespeichert. Dies bedeutet, dass ein zentral verfügbares Personenprofil aller in Deutschland lebenden Menschen möglich ist. An möglichen Missbrauch will man da gar nicht denken, abgesehen davon, dass das Bundesverfassungsgericht 1983 eine genau solche umfassende Registrierung und Verknüpfung von Daten als verfassungswidrig erklärte.

VOLKSZÄHLUNG 2011 STOPPEN!

Die Volkszählung tritt unsere Persönlichkeitsrechte mit Füßen und stellt eine Fortsetzung des allgemeinen Überwachungswahns des Staates dar. Informationelle Selbstbestimmung ist mehr als eine Phrase: Sie ist die Voraussetzung eines freien, selbstbestimmten und würdevollen Lebens und muss somit verteidigt werden! Es muss Schluss sein mit der sich immer weiter ausbreitenden Datensammelwut von Regierung und Wirtschaft. Aufgrund dieser enormen Lücken im Datenschutz fordern wir generell mehr Aufklärung und Sensibilisie-

rung in Schule und Öffentlichkeit. Außerdem gehören rein präventive Maßnahmen der Überwachung verboten. Wir fordern die sofortige Löschung aller ohne Verdacht gesammelten Datenbestände. Gerade auch am Arbeits- und Ausbildungsplatz haben Misstrauen und Kontrolle nichts zu suchen. Der Arbeitnehmer_innendatenschutz muss verteidigt und umfassend ausgebaut werden. Im Internet müssen die AGB und Standardeinstellungen von Plattformen benutzerfreundlicher werden. Insbesondere bedarf es eines Verbots der kommerziellen und staatlichen Nutzung unserer freiwillig veröffentlichten persönlichen Daten. Nur so kann unser Recht auf informationelle Selbstbestimmung verwirklicht werden, da es derzeit nur auf dem Papier existiert und unentwegt durch weitere Freiheitseinschnitte missachtet wird.

Wir können nur frei und selbstbestimmt leben, wenn wir uns nicht permanent beobachtet fühlen müssen! Echte Freiheit wär' Freiheit von Überwachung!

JULIA RANGE LandessprecherInnenrat Linksjugend [solid] Rheinland-Pfalz Im Rahmen der Kampagne »Echte Freiheit wär' viel cooler!« beschäftigt sich die Linksjugend RLP mit verschiedenen Aspekten der Freiheit, u.a. dem der Überwachung und informationellen Selbstbestimmung. Schon seit Herbst 2010.

★ www.linksjugend-solid-rlp.de



ALLES EXTREMISTEN ... VON DEM VERSUCH ANTIFASCHISTISCHE ARBEIT ZU ENTPOLITISIEREN

Mit der Neuauflage der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus (die von der schwarz-gelben Regierung in Programme gegen „Extremismus“ generell umgewandelt wurden) müssen alle Projekte, die Gelder aus dem Bundestopf haben wollen, eine so genannten Antiextremismuserklärung unterschreiben. Darin sollen sie nicht nur sich selbst zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ bekennen, sondern auch alle ProjektpartnerInnen auf ihre Verfassungstreue überprüfen. Zum Ausdruck gebracht wird hiermit ein Generalverdacht seitens der Bundesregierung u.a. gegenüber den Projekten, die seit Jahren gegen Nazistrukturen in Kommunen und Regionen vorgehen und deren Arbeit gerade auf die Ausbreitung von Demokratie und Beteiligung zielt.

Die Extremismusklausel ist der bisher letzte Vorstoß, vor allem von Seiten der Union und der für die Bundesprogramme zuständigen Ministerin Kristina Schröder, die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in einen allgemeinen Kampf gegen den so genannten „Extremismus“ umzuwandeln. Es geht um eine Entpolitisierung der Arbeit gegen rechts und um die politische Kontrolle über Projekte, die als links bzw. antifaschistisch angesehen werden. Der Extremismusansatz ist dabei das Vehikel, mit dem eine Gleichsetzung von rechts und links erfolgt und gleichzeitig die politische Mitte zum einzig legitimen politischen Ort erklärt wird. Dabei weisen alle relevanten Untersuchungen darauf hin, dass die Ideologie der extremen Rechten großen Widerhall auch in der Mitte findet.

Trotz der Drohung, die Gelder zu streichen, haben sich zahlreiche Projekte bis heute geweigert, die geforderte Schnüffelerklärung zu unterschreiben. Die Unterstützung dieser Projekte und die öffentliche Delegitimierung des unsinnigen Extremismusansatzes sind aktuell wichtig, um den Vorstoß der Konservativen ins Leere laufen zu lassen.

DR. GERD WIEGEL

»WOHER WEISST DU DAS?« – »STEHT BEI FACEBOOK.«

Das größte soziale Netzwerk der Welt legt wenig Wert auf den Schutz persönlicher Daten – außer die Nutzern fordern ihn ein.



Wenn in den Medien von Verstößen beim Datenschutz die Rede ist, taucht regelmäßig auch der Name Facebook auf. Facebook ist mit rund 500 Millionen Nutzern das größte soziale Netzwerk im Internet. Allein in Deutschland haben 15 Millionen Menschen dort ein Profil. Sie verabreden sich mit Freunden, laden Fotos hoch und teilen anderen mit was sie grade tun. Durch die detaillierten Angaben und Informationen, die die Nutzer_innen auf Facebook von sich preisgeben, bieten sie Unternehmen auf der ganzen Welt die Möglichkeit zielgerichtet Werbung zu platzieren. Wengleich die Nutzung von Facebook für uns erstmal kostenlos ist, so bezahlen wir doch alle mit unseren persönlichsten Daten für den angebotenen Service. Sie kennen unsere Vorlieben, unsere Freunde, unser Freizeitverhalten, unsere Internetgewohnheiten und vieles mehr. Damit erhalten Sie Informationen über uns, die wir in der Offline-Welt eigentlich nur mit engen Freunden teilen würden.

Da so ein großes Interesse daran besteht, möglichst viele unserer persönlichen Daten und Informationen weiterverwenden zu können, steht Datenschutz auch nicht an erster Stelle. So müssen sich die Nutzer_innen durch einen kaum verständlichen Urwald von Privatsphäreneinstellungen klicken, wenn sie nicht möchten, dass

alle ihre Statusmeldungen und Fotos sehen kann. Auch die bei Facebook so beliebten Anwendungen, wie Glücksnüsse, oder diverse Spiele, funktionieren nur, wenn man seine Daten - und teilweise die seiner Freunde – an deren Entwickler_innen weitergibt. Die Strategie im Umgang mit Datenschutz ist dabei recht simpel. Erst wenn bei Datenschutzverstößen ein öffentlicher oder medialer Druck entsteht, der möglicherweise das Image des Unternehmens beschädigen könnte, rudern die Betreiber_innen zurück und ändern ihren Umgang mit den Daten. Das Verhältnis von Facebook zum Schutz persönlicher Daten wird zusätzlich dadurch problematisch, dass die Daten der Nutzer_innen zentral auf den Servern des sozialen Netzwerks gespeichert sind. Die Nutzer_innen haben damit keinen unmittelbaren Einfluss auf die Speicherung und Verwendung ihrer Informationen mehr. Mit der Bestätigung der AGB

stimmen die Nutzer_innen zu, dass ihre Daten und Informationen von Facebook zu allen möglichen Zwecken gespeichert und verwendet werden dürfen, auch wenn ein Mensch sein Profil löschen lässt.

Das Konzept funktioniert umso besser, um so mehr Menschen auf der Welt ihr soziales Netzwerk nutzen. Dazu gehört auch, dass Facebook ziemlich genau darauf achtet, welche Ansprüche diese an ein soziales Netzwerk im Internet haben. Solange sich aber nur ein Teil der Nutzer_innen Gedanken um den Schutz ihrer persönlichen Daten macht und die Möglichkeiten einer strengen Privatsphäreneinstellung nutzt, entsteht für die Betreiber_innen von Facebook kein Druck zu Veränderungen. Daher sollten sich alle Nutzer_innen, denen etwas an ihrer Privatsphäre liegt, mit diesen Möglichkeiten beschäftigen und auch ihre Freunde

darauf hinweisen. Aber eines darf man als Facebook-Nutzer_in nicht vergessen: Facebook ist ein internationales Unternehmen und kein gemeinnütziger Verein. Also sollte sich jede_r auf Facebook immer wieder die Frage stellen, welche Daten und Informationen sie/er einem internationalen Konzern freiwillig anvertrauen will und welche nicht.

SEBASTIAN KOCH

(Linksjugend [solid] Berlin)

ALTERNATIVE FÜR FACEBOOK:

Facebook ist mit 500 Millionen Nutzern weltweit das größte soziale Netzwerk im Internet. Aber es gibt auch Alternativen. Das Diaspora Projekt baut derzeit ein dezentrales soziales Netzwerk auf, beim dem alle Nutzerdaten auch im Besitz des Nutzers bleiben und die Daten nicht zentral auf Firmenservern gespeichert werden. Diaspora will damit eine datenschutzkonforme Alternative darstellen. Es wird von den Internetnutzern abhängen ob sich dieses Projekt eines Tages auch zu einer echten Alternative entwickeln kann. Einen interessierten Blick ist es auf jeden Fall wert.

★ www.joindiaspora.com



UMKÄMPFTE ENERGIEVERSORGUNG

Die Bilder von Großdemonstrationen gegen Atomkraft und den Blockaden gegen den Atommülltransport nach Gorleben im November an denen sich jeweils Abertausende Menschen beteiligten, fehlten sicher in keinem Jahresrückblick über den Protestherbst 2010.

Aber auch in anderen Bereichen der Energieversorgung wurde im letzten Jahr gekämpft. Dabei ging es neben der Art der Produktion auch um den Zugang zu, die Versorgung mit und die Entscheidung über Energieresourcen.

Trotz aller klimafreundlichen Versprechungen von Seiten der Regierenden und der Stromwirtschaft, waren im Januar 2011 noch 22 neue klimaschädliche Kohlekraftwerke in Deutschland im Bau oder geplant. Doch gegen viele regt sich heftiger lokaler Widerstand. Und wie sich an vielen Beispielen zeigt, ist es möglich Bauvorhaben zu stoppen.

Auch gegen andere Projekte der Energiewirtschaft richtet sich zur Zeit der Protest von engagierten BürgerInnen. Insbesondere in Brandenburg wächst z.B. der Widerstand gegen den Versuch von Carbon Capture and Storage (CCS). Dabei soll das Treibhausgas CO₂, das bei der Verbrennung von fossilen Kraftstoffe entsteht, in großem Stil unter die Erde verpresst werden – ob es dort auf Dauer bleiben würde und welche Risiken für AnwohnerInnen entstehen, ist noch unklar.

In der Lausitz sowie in Nordrhein-Westfalen protestieren KlimaaktivistInnen und AnwohnerInnen gegen die Abaggerung weiterer Dörfer und Landschaften für den Braunkohletagebau, einer besonders klimaschädlichen Energiequelle. Weil das Versprechen „sauberer Kohle“ durch die CO₂-Verpressung den Konzernen Vattenfall (in Brandenburg) und RWE (in NRW) als Legitimation weiterer Tagebaue dient, liegt hier die Verbindung der verschiedenen Energiekämpfe besonders auf der Hand.

Bei all diesen Kämpfen geht es jedoch nicht nur um die ökologische Perspektive, sondern auch um soziale Fragen. Wo kommen unsere Ener-

gieträger her und welche sozialen und ökologischen Folgen hat ihr Abbau? Doch bei der Herstellung hört das Problem nicht auf.

800.000 mal im Jahr schalten deutsche Energieversorger Menschen die Stromversorgung ab, weil sie ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können. Wer kurz überlegt, wofür er oder sie heute schon alles Strom gebraucht hat, stellt schnell fest, dass

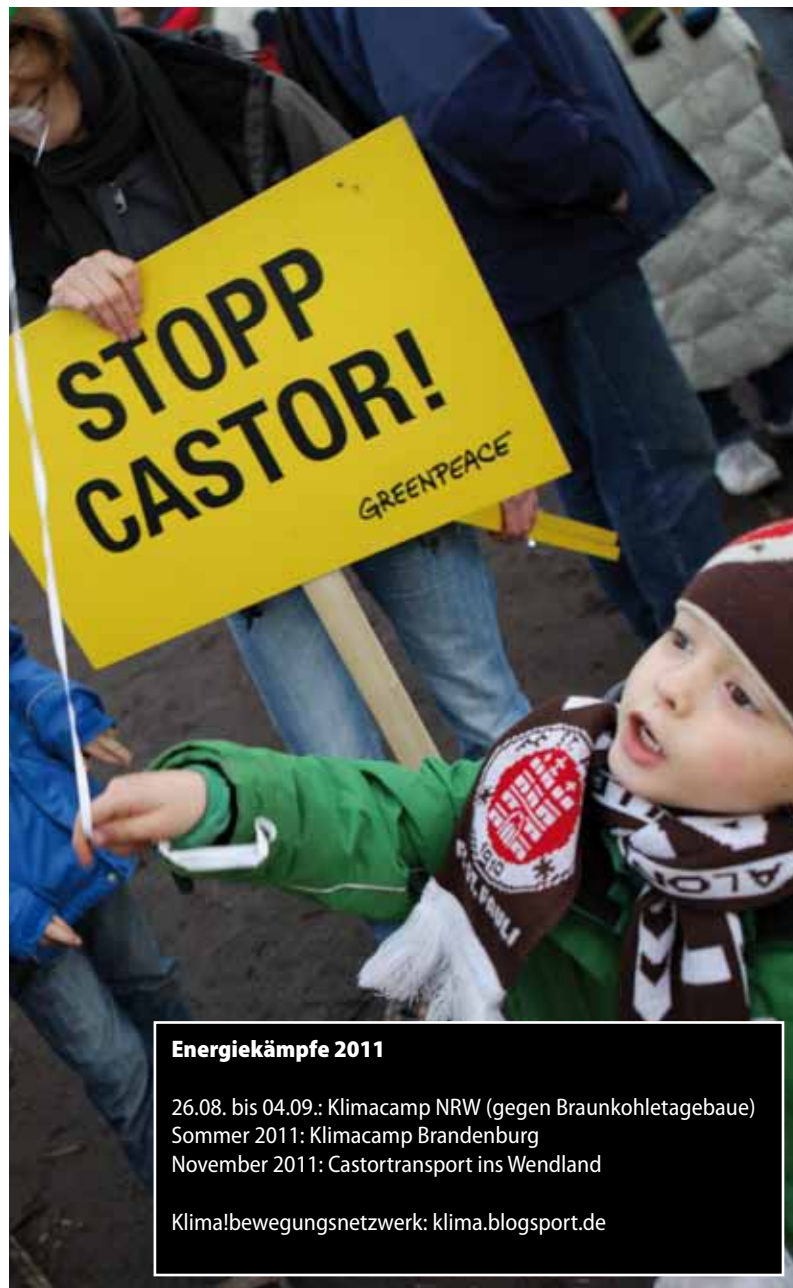
Menschen damit von einem würdigen Leben und fast jeglicher gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden.

Schon an diesen wenigen Beispielen wird ganz deutlich, dass die profitorientierten Energiekonzerne den Anforderungen an eine ökologische und soziale Energieerzeugung und -versorgung in keinsten Weise gerecht werden. Deshalb müssen an

ihre Stelle öffentliche, demokratisch kontrollierte und lokale Strukturen treten, die nicht private Gewinne, sondern den langfristigen Schaden und Nutzen für Natur und Gesellschaft im Blick haben.

Doch eine solche gerechte Energieversorgung wird es nicht geschenkt geben, sie muss gegen die Stromkonzerne erkämpft werden. Und zwar in kleineren Aktionen vor Ort genauso wie an den großen Kristallisationspunkten der Kämpfe wie im Wendland. In jedem Fall kommt es auf uns an: Wollen wir eine gerechte und ökologische Energieversorgung? Und: was sind wir bereit dafür zu tun?

Laura Wollny (NRW)
Felix Pithan (Hamburg)



Energiekämpfe 2011

26.08. bis 04.09.: Klimacamp NRW (gegen Braunkohletagebaue)
Sommer 2011: Klimacamp Brandenburg
November 2011: Castortransport ins Wendland

Klimabewegungsnetzwerk: klima.blogsport.de

CCS: CARBON CAPTURE AND STORAGE:

Das bei der Verbrennung von fossilen Rohstoffen (Öl, Kohle, Gas) anfallende Treibhausgas CO₂ (kurz Carbon für carbon dioxide) soll bei dieser Technologie aufgefangen und in tiefere Erdschichten verpresst werden. In Deutschland soll CCS zuerst in Brandenburg durch Vattenfall im größeren Stil geprobt werden. Auch wegen ersten, noch umstrittenen Berichten über das Entweichen von CO₂ aus solchen Lagerstätten aus Kanada gibt es einen wachsenden Widerstand von AnwohnerInnen gegen solche CO₂-Endlager. Zu den möglichen Risiken zählen eine Kontamination von Grundwasser und das Entweichen von CO₂ in die Atmosphäre. CCS verbraucht sehr viel Energie, so dass mehr Kohle zur Erzeugung derselben Strommengen gebraucht wird.

AK KLIMA:

In der Linksjugend [ˈso- lid] ist es der AK Klima, in dem sich die Leute treffen, die die Themen Klimagerechtigkeit, demokratische Energieversorgung und Anti-Atom nicht nur theoretisch angehen, sondern auch aktiv in verschiedenen Energiekämpfen mitmischen.

Wenn Du Lust hast mehr über uns zu erfahren, schau doch mal auf die Homepage:

http://www.linksjugend-solid.de/themen/klima_umwelt_atom/

oder schreib uns an: ak-klima@solid-web.de

Eigenwerbung



Sommercamp

30. Juli bis 7. August

auf der Rabeninsel
bei Jena (Thüringen)




Pfingstcamps

10. bis 13. Juni

in Brandenburg, Thüringen,
Sachsen und Baden-
Württemberg



linksjugend
[ˈsolid] 

www.linksjugend-solid.de/camps

Jenseits des Wachstums?!

Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben.

in Kooperation mit

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

**HEINRICH
BÜLL
STIFTUNG**

**Otto
Brenner
Stiftung**

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

Die aktuellen Krisen zeigen in aller Deutlichkeit die Grenzen des Wachstums. Können andere Formen sozialen oder nachhaltigen Wachstums ein Ausweg sein? Eine Auseinandersetzung mit neuen Konzepten des Wirtschaftens und eine Diskussion über Alternativen zur Wachstumsgesellschaft sind dringend nötig. Beim Kongress „Jenseits des Wachstums?!“ werden wir kontrovers diskutieren: Wir wollen Interessenkonflikte benennen, aber auch Wege für ein gutes Leben für alle in einer Gesellschaft ohne Wachstumszwang ausloten und dazu Strategien skizzieren.

Ein Kongress von

 **attac**

Kongress // 20.-22. Mai '11 // TU Berlin // www.jenseits-des-wachstums.de

GLOBALER WIDERSTAND BEI KIK & CO

Auf Basis der „Studie über die Einkaufspraktiken der Discounter Lidl und Kik und ihre Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen bei den Lieferanten in Bangladesch“ wird seit 2008 eine zuletzt medial sehr erfolgreiche Kampagne geführt

Die Kampagne für „Saubere Kleidung“ (CCC) führt dabei eine Doppelstrategie deren Ziel die Einführung von gesetzlich bindenden Produktions- und Sozialstandards ist. Der langwierige Weg über die Legislative ist durch die überwiegend konservativen, wirtschaftsfreundlichen westlichen Regierungen momentan erschwert. Der einzige Weg den Unternehmen gerade weh zu tun, führt über die Öffentlichkeit.

Dies ist jedoch kein Boykottaufruf. Vielmehr geht es darum das öffentliche Ansehen so anzukratzen, dass die Unternehmen handeln müssen, um nicht ihr Gesicht zu verlieren. Mit der letzten Welle der Kampagne bis Dezember 2010 wurden 10 Millionen KonsumentInnen in Deutschland erreicht. Besonders die Tour der Näherinnen war dabei sehr erfolgreich und medienwirksam. In dutzende Talkshows, TV und Radio Reportagen und lokalen Veranstaltungen berichteten zwei Näherinnen aus der Kik Produktionsstätte unter Begleitung zweier Autorinnen der Studie, von ihrem Alltag.

Durch internationale Vernetzung mit den Gewerkschaften und Beschäftigten in Deutschland und Österreich wurden die Arbeitsbedingungen der Bangladeshis mit denen der VerkäuferInnen bei Lidl und Kik verknüpft.

Deren Gemeinsamkeiten sind groß: Neben Löhnen unter dem Existenzminimum eint die, durch tausende Kilometer getrennten Arbeiter_innen, auch die hohen bzw willkürliche Stundenzahlen sowie der schlechte Arbeitsschutz. Besonders die gesundheitlichen Mängel sind evident. Während es bei den Verkäufer_innen in den Discountern jedoch meist bei Verschleiss Spuren durch Überarbeitung bleibt, haben viele der Näher_innen schockierende Gesundheitszustände, von Geschwüren an den Händen über Unfruchtbarkeit bis zu Todesfällen.

Immer wieder kommt es zu Unfällen in den Textilfabriken Bangladesch, zuletzt starben bei einem Brand im Dezember ca. 30 NäherInnen.

Nur internationale und vorgeschriebene Sozialstandards können letztendlich diese Zustände verbessern. Die Wirksamkeit von freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen ist hingegen ein Märchen. Oft wird die Verantwortung auch auf die Zuliefererbetriebe geschoben.

Die Stärke der Kampagne liegt darin alle Forderungen zusammenzubringen und dabei das Ausmaß der Sauerneien der Discounter deutlich zu machen.

HANNAH HEYENN (Hamburg)

FORDERUNGEN: SOZIALE MINDESTSTANDARDS IM EINZELHANDEL UND DER PRODUKTION

- Organisationsfreiheit und das Recht auf kollektive Verhandlungen
- Angemessener Lohn
- Arbeitszeitregelungen und Überstundenzuschläge
- Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen
- Mindestalter, Verbot von Kinderarbeit
- Schutz vor Diskriminierung
- Keine Zwangsarbeit
- Stabile Arbeitsverhältnisse

★ Die „Studie über die Einkaufspraktiken der Discounter Lidl und Kik und ihre Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen bei den Lieferanten in Bangladesch“ ist elektronisch auf www.saubere-kleidung.de abzurufen.

»DIE REGIERUNG MAG MICH NICHT – DIE UNTERNEHMEN HASSEN MICH«

Basierend auf Korsheds und von ihm betreuten Studien sind über ein dutzend internationale Kampagnen zur Verbesserung von Produktionsbedingungen gelaufen - aufgeklärt wurde u.a. über die Bedingungen bei IKEA, Tesco, Tchibo, Lidl und Kik.

Worum geht es bei deiner Arbeit bei AMRF (Alternative Movement for Resources and Freedom Society) ?

Mein Hauptbetätigungsfeld ist die Organisierung der Angestellten im Regierungssektor von Bangladesh und der gerechte Welthandel. Beim Welthandel ist das Problem, dass fast keine der in Bangladesh hergestellten Produkte auch hier konsumiert werden. Wir müssen also lokale und globale Arbeit kombinieren um Verbesserungen für die Arbeiter_innen in Bangladesh zu erreichen. Zu diesem Zweck habe ich weltweit mit NGOs gearbeitet, z.B. Clean Clothes Campaign (CCC) in Europa oder die WRC in den USA.

Wenn wir ihre Kund_innen erreichen, können wir Druck auf die westliche Konzerne ausüben, damit sie Verantwortung für die Arbeiter_innen in ihrer Produktion übernehmen. Zusätzlich braucht es die Regierungen, unsere und die westlichen, um Druck auf lokale und ausländische Firmen auszuüben.

Wie ist die Reaktion der westlichen Regierungen?

Alles in allem ist es recht schwierig, da die europäischen Regierungen sehr auf die gute Zusammenarbeit mit der Wirtschaft orientiert sind. Wir setzen uns bei dem europäischen Parlament und den einzelnen anderen Parlamenten für Gesetze ein, die westliche Unternehmen an Produktionsstandards binden. Ohne diesen gesetzlichen Rahmen haben Unternehmen die Freiheit ausserhalb ihrer Länder zu tun was ihnen beliebt. Auch wenn die Unternehmen objektiv vieler Fehlverhalten schuldig sind, gibt es im Moment keinen Weg sie zu verfolgen. Viele Unternehmen haben einen freiwilligen Verhaltenscodex, doch wenn sie diesen missachten, was sie oft tun, kann man sie rechtlich nicht belangen. Mit der Arbeit in den Parlamenten versuchen wir Transparenz und Verantwortung in die Arbeit der in Bangladesh operierenden Unternehmen zu bringen.



KORSHED ALAM (45) lebt und arbeitet in Dhaka, Bangladesh

Nach der Beendigung seines Studiums der Politikwissenschaften ist er hauptberuflich in Forschung und Politik in den Bereichen Entwicklung und Menschenrechten tätig. Als Mitbegründer von AMRF, der Alternativen Bewegung für Ressourcen und Freiheit, engagiert Khorshed sich seit 2002 für gerechten Welthandel und humane Arbeitsbedingungen.

Unternehmen dürften nicht so begeistert von Dir sein. Wie sind die Reaktionen?

Die Regierung von Bangladesh mag mich nicht, aber Unternehmen, lokale wie internationale hassen mich. Trotzdem müssen sie mit mir sprechen. Sie müssen zeigen, dass Sie ihre Fehler anerkennen, so dass Sie ihr Image nicht verlieren. Sie reden dann sehr viel, machen viele Versprechungen aber diese werden nie umgesetzt. Meiner Erfahrung nach machen Unternehmen gar nichts, so lange sie nicht rechtlich dazu verpflichtet sind. Die Unternehmen sollen Löhne bezahlen von denen die Arbeiter_innen leben können, stattdessen investieren sie in Projekte, um die sie niemand gebeten hat, von denen sie sich aber vorübergehend einen Imagegewinn versprechen.

Hast du in deiner Position keine Angst, dass jemand deinen Ruf ruiniert oder schlimmeres?

Naja, die Regierung überwacht mich, mein Telefon und mein Handy werden abgehört. Das hält mich aber nicht davon ab, die Angestellten der Regierung zu organisieren. Ich will beides, gute Arbeitsbedingungen und eine Atmosphäre in der die Wirtschaft in Bangladesh florieren kann.

Meine Arbeit ist hart und riskant. Ich könnte mit fingierten Anschuldigungen im Gefängnis landen, wie es anderen passiert ist. Aber ich und meine Kolleg_innen bei AMRF sind sich der Gefahr bewußt und wissen dass nicht viele das Risiko eingehen würden. Im Bewusstsein des Risikos will ich diese Arbeit trotzdem machen. So lange die Arbeit von AMRF transparent und nachprüfbar ist, ist auch unserer Ruf sicher.

Langfristig werden die Unternehmen nicht erfolgreich sein. Die Menschen können die schlechten Bedingungen in den Fabriken sehen: die so gut wie nicht vorhandenen Sicherheitsvor-

kehrungen, die kranken und sterbenden Arbeiter_innen, Löhne so niedrig, das die Familien nicht überleben können, trotz unmenschlichen 10-12 h Arbeitszeit pro Tag.

Was hat sich verändert in den 10 Jahren, die Du an diesem Thema arbeitest?

Grundlegend hat sich nichts geändert. Die Rechte der Arbeiter_innen in Bangladesh sind immernoch gering, die Löhne sind viel zu niedrig, um zu überleben. Im Bewußtsein der Bevölkerung, hier und im Westen, sehe ich die Veränderung.

Zumindest ist die Existenz einer Lohnforderung mittlerweile akzeptiert. Der Mindestlohn in Bangladesh wurde von 17 auf 30 € per Monat erhöht. Die Forderungen lagen zwar bei 55 €, aber kleine Schritte sollte und muss mensch auch als Fortschritt betrachten.

Was können wir in Europa tun, um diese Themen publik zu machen?

Gerechter Welthandel ist ein komplexes Thema. Oft werde ich nach Alternativen, gerechten Einkaufsmöglichkeiten gefragt, aber so einfach kann mensch es sich nicht machen.

Bei Veranstaltungen sollten Akteure zusammengebracht werden: Betroffene von den Arbeitsbedingungen sind meiner Erfahrung nach oft interessanter als Politiker_innen, Akademiker_innen oder Gewerkschaftsfunktionäre. Unternehmen wollen ihr Image aufrecht erhalten.

Damit die Presse diese Dinge abdeckt, muss Sie gut informiert werden.

Letztendlich trifft gründliche Forschung mit konkreten Beispielen und Fakten die Unternehmen am härtesten.

FASZINATION UNTOT

- DIE WELT DER ZOMBIES -

Die einen sitzen jeden Abend vor dem Fernseher, schauen Daily Soaps, glauben jeden Mist, der ihnen von der Bildzeitung erzählt wird und geben Thilo Sarrazin Recht. Die Anderen streifen hungrig, blass und oft ziemlich lethargisch durch die Straßen auf der Suche nach Menschenfleisch. Die Rede ist natürlich von Zombies.

Seit vielen Jahren stürmen Horden dieser Geschöpfe unsere Kinoleinwände. Im September 2010 lief „Resident Evil – Afterlife“, das auf dem gleichnamigen Videospiel basiert, an. Diese Filme laufen immer nach einem ähnlichen Schema ab, das sehr stark durch den Meister des Zombiefilms George A. Romero geprägt wurde.

Einzigster Ausweg: Verbarrikadiert Euch!

Das beste Beispiel für dieses Schema ist vielleicht „Zombie“ von 1978. Der Regisseur und Drehbuchautor George A. Romero hat mit diesem Film einen absoluten Kultfilm geschaffen, der viele andere Zombiefilme stark beeinflussen sollte.

In einer von Zombies beherrschten Kleinstadt gelingt es einer kleinen Gruppe von Überlebenden in ein Einkaufszentrum zu flüchten. Die Situation spitzt sich dramatisch zu, als eine Biker-Gang mit Gewalt in den Supermarkt eindringt. Während sich die beiden Gruppen gegenseitig bekämpfen, gelingt es den Zombies die letzte Festung der Menschheit endgültig einzunehmen.

Auch der neueste Teil der „Resident Evil“-Reihe folgt diesem Schema. Hier ist es die Überlebenskünstlerin Alice, die sich mit einigen wenigen Überlebenden in einem leerstehenden Gefängnis vor einer Horde Zombies verschanzen muss.

Gewalt als Mittel der Konsumkritik

Das Subgenre des Zombiefilms ist durch die übermäßigen Gewaltdarstellungen und sogenannten Splatter-Szenen geprägt. Dabei geht es darum, Gewalt in farbigen, detaillierten

Groß-, Nah- und Detailaufnahmen zu zeigen. Viele Zuschauer_innen sehen diese Filme nur der Gewaltdarstellung wegen, die Geschichte und der Hintergrund ist dabei prinzipiell eher nebensächlich. Dies gilt ganz klar auch für „Resident Evil – Afterlife“, auch wenn der Film mehr auf Action in Form von sinnlosen Schießereien setzt. Die Dialoge in diesem Film bleiben hier vollkommen auf der Strecke. Ent-



weder finden sie zum Teil gar nicht erst statt, oder sie sind einfach nur strunzdoof. Bestes Beispiel dafür: „Ich geh' voraus und halte euch den Rücken frei.“ Der Film von Regisseur Paul W. S. Anderson mag ein großartiges Actionspektakel sein, weist aber nicht besonders viel Tiefgang auf.

Das Mittel der Gewaltdarstellung hat bei Romero jedoch einen besonderen Zweck, der nicht nur dem Amüsement der/s Zuschauer_in dienen soll. Seine Filme zeigen metaphorisch, wie der Kapitalismus uns die

Menschlichkeit nimmt.

So gilt der Handlungsort Einkaufszentrum in „Zombie“ als Allegorie auf den Kapitalismus. Die Zombies im Film werden scheinbar magisch von diesem Supermarkt angezogen. „Muss sowas wie Instinkt sein. Eine Erinnerung an ihr früheres Leben. Da haben diese Supermärkte eine grosse Rolle gespielt.“ heißt es im Film.

Aber auch die Überlebenden sind von den Waren des Kaufhauses hellauf begeistert. Sie schwelgen im Luxus, indem sie sich an Kaviar und Champagner götlich tun. Erst als sie aus materieller Hinsicht vollkommen befriedigt sind, werden sie sich ihrer missliebigen Lage wieder bewusst. Der grenzenlose Konsum konnte die Gruppe nur kurzzeitig ablenken, an den eigentlichen Problemen hat er jedoch nichts geändert. Dazu sagte George Romero 2004 in der Dokumentation „The Dead Will Walk“: „Ich wollte versuchen, [Zombie] den gleichen thematischen Kern zu geben, den der erste

Film hatte, und über einige meiner eigenen Ideen über die Gesellschaft sprechen. Ich denke nicht, dass es sich dabei um hintergründige Aussagen handelt. Sondern um absolut offensichtliche: Die Art, wie die Gesellschaft konditioniert wurde zu denken, dass, solange man dieses Zeug besitzt, das Leben wundervoll ist. Und wie man fälschlicherweise von Dingen angezogen und verführt wird, die in deinem Leben eigentlich nicht wichtig sein sollten, es aber dennoch sind.“

Auf der anderen Seite setzt sich der

Film mit der mangelnden Kooperationsfähigkeit der Menschen auseinander. Statt sich in einer Notsituation zu organisieren und gemeinsam gegen die Zombie-Epidemie zu kämpfen, verfolgen sie auch weiterhin egoistische Ziele und bekämpfen sich gegenseitig. Diese mangelnde Solidarität unter den Überlebenden spielt auch in „Resident Evil“ eine gewisse Rolle. Anstatt dieses Prinzip jedoch auf die gesamte Gruppe auszudehnen, liegt die Umsetzung dieses Motivs nur auf den Schultern einer einzigen Figur: der schmierige Hollywood-Produzent Bennett, der eindrücklich seinen rücksichtslosen Egoismus demonstriert.

Fight the Player – Not the Game?

Während Romero in seinem Film vielmehr die Gesellschaft an sich kritisieren will, geht Anderson in „Resident Evil – Afterlife“ einen anderen Weg. Die Verantwortung für das grauenhafte Szenario wird in der „Resident Evil“-Reihe dem ominösen Global Player „Umbrella Corporation“ zugeschrieben. Fragt sich nur, aus welchem Grund dieser Konzern diesen Virus entwickelt hat und warum er als biologische Waffe eingesetzt werden sollte. Alice begibt sich zu Beginn des Films auf einen persönlichen Rachefeldzug gegen diesen Konzern, indem sie dessen Sicherheitspersonal umbringt und den japanischen Sitz der Firma verwüstet. Jedoch wird an keiner Stelle in Betracht gezogen, dass dieser Konzern auch nur ein weiteres Zahnrad im System ist.

Fazit:

Wer sich Romeros Film nur anschaut, um sinnlose Gewalt an menschenfressenden Untoten zu sehen, dessen Erwartung wird voll erfüllt und der kann sich auch Resident Evil, diesmal in 3 D ansehen.

Wer allerdings auch mal Lust hat sich tatsächlich mit dem Film den man sieht auseinander zu setzen, der wird Romeros Film und dessen überspitzte Darstellung der Gesellschaft lieben und sehr viel Spaß dabei haben.

JÜRGEN ENGERT Brandenburg

Gegenöffentlichkeit lohnt sich:

LiMA

**Schafft ein,
zwei, viele
linke Medien!**



LiMAregional

Bald auch in Deiner Stadt!

14. Mai 2011 LiMAregional Bonn /// 18. Juni 2011 LiMAregional Leipzig /// 25. Juni 2011 LiMAregional Hannover /// 20. August 2011 LiMAregional Ludwigshafen /// 10. September 2011 LiMAregional Magdeburg /// 8. Oktober 2011 2. LiMAregional Stuttgart /// 29. Oktober 2011 LiMAregional München /// 19. November 2011 2. LiMAregional Frankfurt/Main /// 3. Dezember 2011 2. LiMAregional Erfurt

www.linke-medienakademie.de